

(5) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt den Leitern der Dienststellen der Deutschen Volkspolizei.

§ 5

(1) Wer vorsätzlich einer Forderung der Deutschen Volkspolizei zur Unterstützung bei der Abwehr einer unmittelbaren Gefahr für das sozialistische, persönliche oder private Eigentum unbegründet nicht oder nur ungenügend Folge leistet, obwohl ihm dies ohne erhebliche Gefahr für sein Leben oder seine Gesundheit oder ohne Verletzung wichtiger Pflichten möglich ist, kann mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 bis 300 M belegt werden.

(2) Ebenso kann zur Verantwortung gezogen werden, wer als Verantwortlicher der Aufforderung der Deutschen Volkspolizei zur Abwehr oder Beseitigung einer Gefährdung oder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht Folge leistet oder ihre Durchsetzung erschwert oder verhindert.

(3) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt den Leitern der Dienststellen der Deutschen Volkspolizei.

§ 6

Hausfriedensbruch in öffentlichen Gebäuden oder Verkehrsmitteln

(1) Wer vorsätzlich in öffentliche Gebäude, umschlossene Grundstücke oder Verkehrsmittel oder -anlagen unberechtigt eindringt oder unbefugt darin verweilt, kann mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 bis 300 M belegt werden.

(2) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt den Leitern der Dienststellen der Deutschen Volkspolizei.

§ 7

Sicherheit im Eisenbahnverkehr

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Eisenbahnwesen erlassenen gesetzlichen Bestimmungen oder den auf ihrer Grundlage ergangenen Vorschriften der Eisenbahn
 2. den auf Grund der in Ziff. 1 genannten Bestimmungen oder Vorschriften getroffenen dienstlichen Anordnungen
 3. den Bestimmungen über die von der Mitnahme in Eisenbahnfahrzeugen für Personenbeförderung ausgeschlossenen Gegenstände
- zuwiderhandelt, kann mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 bis 300 M belegt werden.

(2) Bei geringfügigen Zuwiderhandlungen gemäß Abs. 1 sind die dazu ermächtigten Angehörigen der Deutschen Volkspolizei oder hierzu ermächtigte Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn befugt, eine Verwarnung mit Ordnungsgeld in Höhe von 1, 3, 5 oder 10 M auszusprechen.